



Newsletter vom 9. 4. 2023

Inhalt

Setzt euch endlich mit den schulischen Kernproblemen auseinander!.....	2
5.4.2023, Hanspeter Amstutz	2
Wenn die Kernproblematik ausgeblendet wird.....	4
Journal21, 3. April 2023, von Carl Bossard	4
«Ohne Bildung gibt es keinen Staat»	6
NZZ, 3.4.2023, Meinung & Debatte, Leserbrief	6
Bildungsdirektor Stephan Schleiss: «Der Schulbetrieb braucht Ventile».....	6
Nebenspalter, 1.4.2023, Daniel Wahl	6
Das Missverständnis von Salamanca.....	9
Nebenspalter, 25.3.2023, Daniel Wahl	9
Die Heilpädagogen: Treiber eines Bildungsexperiments.....	11
Nebenspalter, 26.3.2023, Daniel Wahl	11
«Reformen gefährden den Kern der Schule»	14
Nebenspalter, 27.3.2023, Daniel Wahl	14
Lehrer sollen wieder lehren.....	16
NZZ, 31.3.2023, Zürich und Region, Fabian Baumgartner	16
Gymiprüfung: Kanton Zürich trickst bei den Noten	17
NZZ am Sonntag, 26.3.2023, Schweiz, René Donzé	17
«So kann es nicht weitergehen».....	18
NZZaS, 2.4.2023, Leserbriefe.....	18
Die Angst vor Überforderung	18
NZZ, 31.3.2023, Meinung & Debatte, Leserbrief	18
Ein Tauziehen um die Maturitätsreform	19
Nebenspalter, 30.3.2023, Daniel Wahl	19
Veranstaltungshinweis	21
Sind der schulischen Integration Grenzen gesetzt? Eine Standortbestimmung	21
Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, Mittwoch, 14.Juni 2023	21



Setzt euch endlich mit den schulischen Kernproblemen auseinander!

5.4.2023, Hanspeter Amstutz

Carl Bossard erläutert in seinem Leitartikel, dass es die Bildungsdirektionen meisterhaft verstehen, die Kernproblematik beim Lehrermangel auszublenden. Das überladene System des neuen Lehrplans mit seinem Blendwerk an Kompetenzen und die auf die Spitze getriebene Heterogenität in den Regelklassen werden trotz heftiger Proteste aus der Schulpraxis nicht ernsthaft hinterfragt. Eisern wird am Dogma der Totalintegration mit der Ablehnung von Kleinklassen festgehalten und gleichzeitig bedauert, dass die Klassenlehrpersonen stark belastet seien. Bei den Bildungszielen verzettelt man sich, indem neben neuen Fächern wie Medienkunde und Informatik drei Sprachen in der Primarschule vermittelt werden. Und am Schluss wundert man sich, dass bei diesem hektischen Programm die Schulleistungen vieler Schüler in zentralen Fächern ungenügend sind.

Der Autor fordert eine gründliche Auseinandersetzung, welche Bildungsziele Vorrang haben. Wer alles will, erreicht wenig. Wer neue Fächer in den Lehrplan aufnimmt und nirgendwo den Stoff reduziert, muss notgedrungen Abstriche beim Üben und Vertiefen wesentlicher Inhalte in Kauf nehmen. Der Mut zum Kürzen von populären Wunschprogrammen fehlt in den Bildungsstäben weitgehend, da sich die Bildungspolitik mit ihren oft vollmundigen Versprechungen weit aus dem Fenster gelehnt hat.

Der Lehrerberuf erfordert selbständiges und auftragsorientiertes Handeln

Widersprüchlichkeit ist ein Wesensmerkmal der pädagogischen Arbeit. Lehrpersonen sind täglich mit dem dialektischen Prinzip konfrontiert. Fruchtbare Lernprozesse erfordern sowohl Nähe durch positive Zuwendung wie Distanz in Form eines pädagogischen Widerstands beim Überwinden von Lernhindernissen. Carl Bossard spricht von achtsam sein und gleichzeitig Disziplin verlangen. Man müsse das Kollektiv im Auge behalten und jeden Einzelnen im Blick haben. Diese Anforderungen verlangen von den Lehrerinnen und Lehrern viel Flexibilität und die Kraft, selbst unzählige Entscheidungen zu treffen. Bildungsprogramme sind dabei nur Leitplanken, das Steuern der Lernprozesse ist Sache der Lehrkräfte.

Es versteht sich von selbst, dass der Lehrerberuf nur erfolgreich ausgeübt werden kann, wenn ein Höchstmass an Freiheit bei gleichzeitiger Verankerung in der Verantwortung gegenüber dem Bildungsauftrag besteht. Die Vorstellung, mit einer zentralen Steuerung des Bildungs-Outputs durch einen feinmaschigen Kompetenzraster könne man die Effizienz steigern, wird durch die Schulpraxis klar widerlegt. Vielmehr verhindert dieses Festhalten an einer überholten Steuerungs-idee die Schule am Fortschritt. Der damit verbundene Abbau an pädagogischer Freiheit in den letzten Jahren hat dem Lehrerberuf schwer geschadet.

Ein selbstkritischer Bildungsdirektor sieht Reformbedarf in der Lehrerbildung

Der Zuger Bildungsdirektor Stephan Schleiss sieht in seinem Interview im Nebelspalter wenig Chancen, die teilweise gescheiterten Reformen wieder rückgängig machen zu können. Das Bildungsschiff sei nur schwer manövrierbar und Kurskorrekturen seien nur mit gigantischem Aufwand möglich. Dennoch überrascht der selbstkritische Bildungsdirektor mit einigen unverblühten Aussagen. So sieht er die Umwandlung der früheren Lehrerseminare in Pädagogische Hochschulen als Fehler an. Man könne das Rad der Zeit zwar nicht mehr zurückdrehen, doch eine Reform der Ausbildung im Sinne von grösserer Nähe zum Unterrichtsgeschehen würde den Berufseinsteigern sehr viel helfen. Der Bildungsdirektor versteht nicht, weshalb in der Primarlehrerbildung heute ein starker Akzent auf wissenschaftliches Arbeiten gesetzt wird. Dieses Konzept verschlingt sehr viel Zeit, ohne dass es einen unmittelbaren Nutzen für die eigentliche pädagogische Arbeit hat.



Auch ohne wissenschaftliches Beiwerk bleibt die Lehrerbildung höchst anspruchsvoll

Ich teile diese Auffassung weitgehend. Berufseinsteiger beklagen sich zu Recht, dass sie im Dschungel der Anforderungen des täglichen Unterrichts in manchen Fächern nicht über das nötige Basiswissen und über praxistaugliche didaktische Instrumente verfügen. Die meisten wären froh um ein Startkapital in Form von ausgearbeiteten Lektionsreihen mit guten Hintergrundinformationen. Es geht hier nicht um ein billiges Übernehmen vorgefertigter Unterrichtsreihen. Vielmehr ist es Aufgabe der Fachdidaktiker, die Lehrerbildung stärker auf die Anforderungen eines überzeugenden Unterrichts auszurichten. Diese herausfordernde Aufgabe darf nicht unterschätzt werden. So braucht es beispielsweise ein aufbauendes Training in der Erzählkunst und sorgfältige Einführungen in historische Epochen, um den Geschichtsunterricht spannend gestalten zu können.

Die meisten Pädagogischen Hochschulen bewegen sich untereinander in einer Blase des akademischen Wettbewerbs. Sie stehen unter Zwang, unzählige pädagogische Publikationen produzieren und präsentieren zu müssen. Dieser oft praxisferne Wissenschaftsbetrieb färbt stark auf das Denken der Studierenden ab. Eine Ausbildungsreform zugunsten von mehr Praxisnähe muss diese starke Abhängigkeit durchbrechen. Ich meine, dass der Schlüssel vor allem bei den Fachdidaktiken liegt. Diese sollen auf der einen Seite eine – in Teilen auch wissenschaftliche – Grundbildung der Studierenden sicherstellen. Es gilt ein Fachwissen zu erwerben, dass für den täglichen Unterricht nutzbringend ist. Auf der anderen Seite braucht es die Auseinandersetzung mit den Weltbildern der Kinder und Jugendlichen. Es gilt, den Stoff so zu gestalten, dass er bei den Schülern ankommt. Für dieses Ausbildungsmodell sehe ich ein Doppelgespann mit einem Dozenten und einem Didaktiker aus der Volksschule. Letztere sind heute schwer zu finden, doch es wäre ein prüfenswertes Karrieremodell, wenn engagierte Praxislehrkräfte einen direkten Zugang zu den Pädagogischen Hochschulen finden könnten. Lehrkräfte mit grossem pädagogischem Talent würden in unserem Bildungssystem so einen stärkeren Einfluss auf didaktische Entwicklungen erhalten.

Kulturelle Banalisierung der Bildung und der ewige Streit um den Gymizutritt

Beat Kissling rechnet in einem ausführlichen Leserbrief in der NZZ mit der Banalisierung der Bildungsinhalte durch das Kompetenzmodell des neuen Lehrplans ab. Er kritisiert, dass mit der inhaltlichen Entleerung der Lernprozesse viel Bildungskultur verloren gegangen ist. Der Autor sieht zudem in der als fortschrittlich erklärten Moderatorenrolle der Lehrpersonen eine Abwertung des Lehrerberufs. Dieses Berufsbild sei nicht geeignet, den jungen Lehrerinnen und Lehrern das nötige Selbstvertrauen für einen erfolgreichen Schulstart zu vermitteln. Ohne entscheidende Korrekturen am Ausbildungskonzept drohe seiner Meinung nach in den nächsten Jahren ein personelles Fiasko an unserer Volksschule.

Mit schöner Regelmässigkeit steht jedes Frühjahr die Frage des Zutritts zu den Gymnasien in den Zeitungen im Fokus. Der Druck, den Sohn oder die Tochter nach der sechsten Klasse ins Gymnasium zu schicken, hat in gewissen Gegenden stark zugenommen. Wenn nun aber die Zürcher Bildungsdirektion glaubt, dem gesellschaftlichen Druck mit einer Anhebung des Notendurchschnitts ausweichen zu können, ist grosser Ärger vorprogrammiert. Mit Hans-Peter Köhli hat ein scharfzüngiger Leserbriefschreiber der Bildungsdirektion für das mutlose Lavieren richtiggehend die Leviten verlesen.

Das Schlussbouquet bilden der bedenkenswerte Vorschlag eines Leserbriefschreibers, die unsinnige Vorverlegung des Schuleintrittsalters wieder rückgängig zu machen, sowie ein Beitrag über das Tauziehen um die neue Maturitätsreform. Beide Texte zeigen, wie umstritten einige der einschneidenden Neuerungen sind und dass es überall heftig brodelt. Lassen Sie sich in die spannenden Diskussionen hineinziehen und geniessen Sie die Lektüre.

Hanspeter Amstutz



Wenn die Kernproblematik ausgeblendet wird

Journal21, 3. April 2023, von Carl Bossard

Lehrermangel! Wieder hat eine Studie herausgefunden, was schon längst bekannt ist. Eine weitere Kommission soll Massnahmen vorschlagen. Unbeachtet bleiben die Grundwidersprüche im Bildungssystem. Ein Lehrstück bürokratischen Leerlaufs.

Im Kanton Bern unterrichtet jede zehnte Lehrperson ohne ausreichendes Diplom. Fast 750 Lehrstellen sind aktuell im Kanton Zürich offen, über 220 Stellen im Luzernischen neu zu besetzen. 226 Lehrerinnen und Lehrer verliessen 2022 die Schwyzer Volksschule, so viele wie seit zehn Jahren nicht mehr. Der Mangel an qualifiziertem Fachpersonal ist akut. Allein von den Heilpädagoginnen und Heilpädagogen sind 60 Prozent nicht genügend qualifiziert. Die Problematik verschärft sich. Darum können auch Personen ohne pädagogisches Studium unterrichten. Ein Fakt mit Folgen für die Unterrichtsqualität.

Der Kernauftrag hat sich massiv erweitert

Ausgebildet werden genügend Lehrerinnen und Lehrer. Das weiss man. Doch viele fliehen in Teilpensen oder verlassen das Schulzimmer bald einmal. Die Gründe sind längst bekannt, die Belastungsfaktoren vielfach genannt: Der Beruf an sich bereitet Freude; die Arbeit mit den Kindern erfüllt mit Sinn. Doch verhaltensauffällige Schüler belasten den Alltag enorm. Der Wegfall der Kleinklassen als Folge der Integration ganz unterschiedlicher Kinder in die gleiche Lerngemeinschaft verstärkt die Unruhe im Klassenraum. Das erschwert den Unterricht und erhöht den Zeitbedarf fürs einzelne Kind. Die Koordinationsabsprachen mit all den Betreuungspersonen sind anspruchsvoll; der administrative Aufwand steigt. Die Arbeitszeit reicht vielfach nicht aus. Das geht auf Kosten des Kernauftrags Unterricht. Und diese Aufgabe hat sich über die Fächerfülle massiv erweitert.

Die Belastungsfaktoren liegen offen

Dazu kommt Äusseres: Die intensive Reformwelle der vergangenen Jahre erhöht die Ansprüche an die Schule und damit die Widersprüche im Unterrichtsalltag; gleichzeitig nimmt die Wertschätzung aus Politik und Elternhaus ab. Vielerorts stagniert der Lohn.

All das ist längst offengelegt. Man kennt die Kernursachen des Lehrermangels, man weiss um die Motive des Berufsausstiegs – und doch werden noch immer Befragungen durchgeführt. Jüngstes Beispiel ist der Kanton Luzern. Die Dienststelle Volksschulbildung liess über das Büro Barbara Häring GmbH, Zürich, einen detaillierten Bericht zum „Lehrpersonenmangel“ erarbeiten.¹ Verfasst hat ihn der Politologe Hans-Martin Binder. Er umfasst 64 Seiten und resümiert eine Umfrage bei rund 3'000 Lehrerinnen und Lehrern.

Die Flucht aus dem Schulzimmer liegt im Systemischen

Die Studie zeitigt kaum Neues. Sie nimmt die Stimmen der Lehrer auf und bündelt sie in Tabellen und Grafiken. Der Tenor ist allseits bekannt. Vieles bleibt so an der Oberfläche: anspruchsvoller und aufreibender Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern sowie Zeitmangel für den Kernauftrag Unterrichten, kompliziertes Lohnsystem und abnehmendes Berufsprestige.

Die eigentliche Ursache für den Exodus aus dem Schulzimmer aber liegt im Systemischen. Davon ist nicht die Rede. Die Innovationskaskade der vergangenen Jahre hat die Schule radikal verändert. Die vielen Reformen erfolgten wenig koordiniert, meist additiv und kaum aus einer Gesamtsicht heraus. Sie muten an wie eine hektische Flucht in zusätzliche Fächer und Vorschriften, in Strukturen und Formalitäten. Nach dem Ziel der Schule wurde kaum gefragt.

¹ https://volksschulbildung.lu.ch/-/media/Volksschulbildung/Dokumente/index/Aktuelles/bericht_lp_mangel_kt_luzern.pdf



Unterrichten ist ein Geschehen mit Widersprüchen

Das pädagogische Geschehen im Klassenzimmer ist ein anspruchsvoller dialektischer Prozess. Für Lehrerinnen und Lehrer bedeutet das: Widersprüche aushalten, beispielsweise gleichzeitig Empathie und Widerstand zeigen; die Kinder verstehen und doch nicht mit allem einverstanden sein. Achtsam sein und gleichzeitig Disziplin verlangen, das Kollektiv im Auge behalten und jeden Einzelnen im Blick haben.

Die Lehrerin arbeitet im widersprüchlichen Feld von Freiheit und Ordnung; das Wirken des Lehrers bewegt sich zwischen Individuation und Sozialisation, zwischen kultureller Integration und Vermitteln von Lerninhalten sowie Einüben von Können – und natürlich zwischen den Momenten des Gelingens und des Scheiterns.

Jeder Wert hat einen *«gleich-gültigen»* Gegenwert

Schule – ein widersprüchliches Feld mit manchen mehrdeutigen Zielen. Statt die Zielvorstellungen zu klären, haben Bildungspolitik und -verwaltung der Schule in den vergangenen Jahren stets Neues aufgeladen: zusätzliche Fächer und Aufgaben, vermehrte Vorgaben und Vorschriften, eine forcierte externe Kontrolle über die Output-Steuerung, vervielfachte Heterogenität über die Integration und Inklusion. Das verstärkt die die eh schon immanenten Widersprüche im pädagogischen Parterre. Ein Beispiel: Wenn über Frühenglisch und Frühfranzösisch auf der Inhaltsachse x zusätzliche Fächer aufgebürdet werden, reduziert sich auf der Gegenachse y die Zeit fürs Festigen. Wissen und Können aufbauen aber braucht Zeit. Doch die zwei Fremdsprachen rauben Übungszeit; sie fehlt dann anderorts, vor allem im Fach Deutsch.

Wichtig wäre ein gesundes Gleichgewicht. Im dialektischen Spannungsfeld hat eben jeder Wert einen *«gleich-gültigen»* Gegenwert. Das Eindeutige gibt es kaum. Der Empathie wird als ihr dialektischer Gegenpart das positive Konfrontieren zugeordnet, dem selbstorientierten Lernen das helfende Begleiten. Konkret: So viel Selbständigkeit der Lernenden wie möglich, so viel Unterstützung durch die Lehrperson wie nötig. Gegensätzliche Werte wie Nähe und Distanz sind ineinander verwoben. Eine polare Spannung hält sie zusammen. Wird der eine Wert maximiert, so reduziert sich der andere, der Gegenwert. Beide lassen sich nicht gleichzeitig maximieren. Die verstärkte Heterogenität beispielsweise führt zur Reduktion von Effizienz und Verbindlichkeit. Das ist keine Ideologie, sondern schlichte Proportionenrechnung, oder anders gesagt: Jede Form von Eindeutigkeit negiert die Gegenseite. Irgendwann kippt's; dem können wir uns nicht entziehen. Entscheidend ist die Balance. Das gilt ganz besonders für die Schule.

Teure Symptombekämpfung statt Ursachenanalyse

Die Reformen der vergangenen Jahre tragen zu viel Zielwidersprüchliches in sich; in vielem ist die Balance verloren gegangen. Das bringt Schule und Unterricht in Atemnot. Hier liegt eine der Kernursachen für die Flucht aus dem Schulzimmer. Und diese Widersprüche müsste eine verantwortungsvolle Bildungspolitik aufzeigen und angehen.

Stattdessen begnügen sich Bildungsstäbe meist mit Kosmetik. Sie bekämpfen die Symptome. In Luzern mit einem attraktiveren Stellenportal und einem neuen Lohnmodell, mit einem CAS-Lehrgang für den Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern und einer zusätzlichen Kommission. Wirksame Reformen aber sehen anders aus. Sie müssten dringend angegangen werden, wenn der Lehrermangel behoben werden will. Leidtragende sind sonst die Schulkinder.



«Ohne Bildung gibt es keinen Staat»

NZZ, 3.4.2023, Meinung & Debatte, Leserbrief

Der Artikel rüttelt auf. Andri Rostetter sei gedankt (NZZ 22.3.23). Allerdings müsste es heissen: «Ohne Bildung keine aufgeklärten, selbstbewussten Bürgerinnen und Bürger, die sich um den Staat (immerhin direkte Demokratie) kümmern» - oder für einen Zeitungsartikel kürzer: «Ohne Bildung keine Demokratien, Zutreffend im Artikel ist die Feststellung, dass der Beginn des Schlamassels, in dem die Schule heute steckt, die «in den 1990er Jahren beginnende Reformkaskade» war. Sie hat tatsächlich zu einer «allgemeinen Orientierungslosigkeit in der Bildung» und zum markanten Verlust «der Attraktivität des Lehrerberufs» geführt.

Allerdings: Die wirklich relevanten Ursachen des schwerwiegenden Bildungsabbaus an unseren öffentlichen Schulen haben vor allem mit der kulturellen Banalisierung der Bildung, gepaart mit der Entpersonalisierung des Bildungsprozesses in den Schulen, zu tun. Der vertrauenerweckend klingende Pisa- Newspeak-Begriff «Kompetenzorientierung», ein wirkungsmächtiger Werbeslogan, der aber die eigentliche inhaltliche Entleerung des Unterrichts vertuscht, hat zusammen mit dem verordneten Wandel der Tätigkeit der Lehrpersonen vom Vermitteln hin zum «Arrangieren» bzw. «Moderieren von Lernprozessen» der sich selbst regulierenden Schüler zu einem technokratisch-betriebswirtschaftlich anmutenden Verwaltungsgeschehen in der Schule geführt.

Wen wundert es, wenn sich sogar viele Junglehrpersonen nach kürzerer Zeit vom Beruf abwenden? Dieser Befund lässt erahnen, was für ein Fiasko sich in den nächsten Jahren noch abzeichnen wird, Privatschulen werden boomen, die öffentliche Schule ihre konstitutive Bedeutung für die besondere politische Kultur und das hohe wirtschaftliche Niveau in der Schweiz verlieren. Längerfristig dürfte ernsthaft zu fragen sein, welcher Schaden für Bevölkerung und Land schlimmer sein wird: der Kollaps der Credit Suisse oder die Implosion der öffentlichen Bildung,

Beat Kissling, Zürich

Bildungsdirektor Stephan Schleiss: «Der Schulbetrieb braucht Ventile»

Nebelspalter, 1.4.2023, Daniel Wahl

Kritik an der integrativen Schule

Schweizweit steht die integrative Schule als gemeinsamer Ort, wo verhaltensauffällige Kinder, Lernbehinderte, körperlich Behinderte zusammen mit «Normalos» unterrichtet werden, unter Beschuss. Sie belaste die Regelklassen zu stark, lautet der Grundtenor. Gemeinden im Kanton Zug, die bislang eisern an der integrativen Schule festhielten, sollen neu gezwungen werden, separative Angebote im «Menüplan der Volksschule» aufzunehmen, wie der Zuger SVP-Bildungsdirektor Stephan Schleiss ausführt.

Stephan Schleiss, wenn Sie über alle Köpfe hinweg entscheiden könnten, welche der vielen Schulreformen würden Sie noch heute Abend rückgängig machen?

Stephan Schleiss: (überlegt 18 Sekunden) Keine. Das Schulwesen ist unendlich träge, das System derart ausdifferenziert, dass man sich über jeden Schritt freute, der eine Veränderung gebracht hatte. Es gibt schon Reformen, die ich für verunglückt halte. Aber ich würde sie nicht rückgängig machen, weil der Aufwand gigantisch wäre. Wir müssen jetzt wieder eine Balance zwischen Erneuerung und Optimierung finden.

Welche Reform hielten Sie für verunglückt?

Die Abschaffung der Lehrerseminare und die Verortung der Lehrerausbildung auf der Tertiärstufe –



also in den Fachhochschulen und Universitäten. Ich hielt die Lehrerseminarien für sehr gute Einrichtungen und bedaure, dass man auf die Pädagogischen Hochschulen, die PH, umgestiegen ist.

Mit welchem Effekt?

Die Ausbildung der Lehrer dauert nun länger. Lehrer kommen jetzt in höherem Alter auf den Arbeitsmarkt. Zudem ist der Beitrag der Forschung, der von den PH verlangt wird, kaum seinen Aufwand wert; der Nutzen für die Unterrichtstätigkeit gering. Es leuchtet mir bis heute nicht ein, weshalb eine Primarlehrperson, die sechs- bis elfjährige Kinder unterrichtet, in «wissenschaftlichem Arbeiten» ausgebildet werden muss.

Das führt zum Stichwort «Akademisierung»: Der grosse Pädagoge Heinrich Pestalozzi lehrte nach dem Prinzip Kopf-Herz-Hand. Geht an den PH das Lehrerherz verloren, weil eigentlich nur in den Kopf investiert wird?

Das würde ich nicht so sagen. Es gibt viele Lehrer, die mit Herz unterrichten. Aber wir betreiben bei der Ausbildung einen Aufwand, der sich schlicht nicht auszahlt. Wir verlangen von Primarlehrern wissenschaftliche Kompetenzen, die sie später im Beruf nie anwenden werden.

Zur Einstiegsfrage der Schulreformen: Wir dachten, Sie hätten am liebsten die integrative Schule abgeschafft. Sie ist derzeit in vielen Kantonen – von Genf bis Zürich, von Basel bis Bern – stark unter Beschuss.

Wir haben im Kanton Zug eine andere Ausgangslage. Bei der Einführung der integrativen Schule im Rahmen der Schulreform 2003 hat der Kanton Zug ein Ventil eingebaut: Die «besondere Förderung», die alle Förderungsformen unterhalb der Sonderschul-Schwelle umfasst, darf in den Gemeinden nach wie vor auch separativ – sprich in Kleinklassen – angeboten werden. Wir haben im Kanton Zug jene Gesetze gar nie erlassen, die fast dogmatisch die Aufhebung der separativen Gefässe gefordert hätten, sodass man alle in den Regelklassen unterrichten müsste.

Liegt das daran, dass der Kanton Zug ein ausgeprägtes Angebot an Sonderschulen hat und die sich für den Erhalt ihres Standes und ihrer «Patienten» stark gemacht haben?

Ich mag mich nicht daran erinnern, dass sich Sonderschulen politisch in die Diskussion um die integrative Schule eingemischt hätten. Seinerzeit wurde vielmehr aus der Perspektive von Lehrern und Eltern argumentiert. Man fand, dass die Qualität des Unterrichts in der Regelklasse nicht durch eine integrative Schule gefährdet werden sollte. Darum wurde bewusst am Ventil der Kleinklassen festgehalten. Die Sonderschulen sind im Kanton Zug indessen weiter gewachsen, nicht aber die Quote der Sonderbeschulten. Das Wachstum erfolgte dadurch, dass wir historisch bewährte Institutionen oder gar schweizweit spezialisierte Institutionen wie die Blindenschule in Baar beheimaten. Deshalb weisen andere Kantone uns ihre Sonderschüler zu.

Die Opposition gegen die integrative Schule wächst landesweit. Was hat Zug besser gemacht?

Es ist nicht so, dass wir alles gut gemacht haben. Entlang der Frage der Separation entzündeten sich auch hier politische Debatten. Momentan sind die verhaltensauffälligen Kinder ein grosses Thema, weil sie die Kapazitäten der Lehrpersonen absorbieren. Sie werden von den Lehrern im schulischen Alltag als enorm belastend wahrgenommen. Wir haben auch Rückmeldungen von Eltern.

**«Wir halten es für besser, die schwierigen
Kinder in ihren akuten Phasen, nur temporär
aus der Regelklasse zu nehmen.»**

Sie beklagen, dass ihr Nachwuchs in der Schule zu kurz komme, gerade weil Verhaltensauffällige viel Aufmerksamkeit erhalten. Nun liegen politische Vorstösse auf dem Tisch. Sie fordern, dass alle Verhaltensauffällige konsequent den Kleinklassen zugewiesen werden sollten. Das Thema ist jetzt Gegenstand einer Schulgesetzesrevision. Der Bildungsrat im Kanton Zug will diesen doch etwas «brachialen» Ansatz jedoch nicht verfolgen und alle Verhaltensauffällige in Kleinklassen separieren. Wir halten es für besser, die schwierigen Kinder in ihren akuten Phasen, nur temporär aus der Regelklasse zu nehmen. Die Gemeinden werden dafür vom Kanton angehalten, Time-Out-Angebote zu schaffen oder sogenannte Schulinseln zu bilden.



Das Wort «Kleinklassen» ist für viele Pädagogen ein rotes Tuch. Darum sprechen sie wie in Basel von Förderklassen. Können Sie das nachvollziehen?

Nein. Aber ich weiss, woher die Abneigung stammt. Lehrpersonen haben immer das Gefühl, Kleinklassen seien stigmatisierend. Ich selber teile diesen Eindruck nicht. Es gab schon immer sinnvolle separative Gefässe, die nur temporär angewendet wurden. Ich denke an die Einführungsklassen. Sie sind nicht auf Dauer ausgelegt und werden den ihnen zugewiesenen Kindern durchaus gerecht. Darum sind sie auch in Basel wieder ein Thema. Auch Kleinklassen erachte ich als sinnvoll, weil man dort Kinder intensiv in Deutsch beschulen kann. Fremdsprachige sind dort besser aufgehoben, als in Regelklassen, wo sie nicht von Beginn weg dem Unterricht folgen können.

Die Zahl der Verhaltensauffälligen hat in den letzten Jahren enorm zugenommen. Sie kommen wohl nicht aus Elternhäusern, die den Zuger Kirsch brennen?

Es gibt eine brisante Studie der Universität Zürich, die einen Zusammenhang zwischen Verhaltensauffälligkeit und schulergänzende Betreuung herleitet. Verhaltensauffälligkeit wird auch durch die externe Betreuung verursacht – bei Kindern, die nicht zur Ruhe kommen können, weil sie sich ständig in Gruppen aufhalten.

Im Klartext: Sie sprechen von Kita-Kindern.

Ja, das benennt die Studie. Neben den Schwierigkeiten von Zuhause werden die Folgen der externen Betreuung in die Volksschulen gebracht.

Der Kanton Zug beherbergt aufgrund des internationalisierten Unternehmensumfeld bestimmt auch viele Expats, deren Kinder kaum Deutsch sprechen. Wie stark belastet dies die Volksschule in Ihrem Kanton?

Dazu haben wir keine konkreten Rückmeldungen. Wir haben im Kanton Zug sehr starke International Schools. Sie fangen einen guten Teil der Expat-Community auf und entlasten damit die Volksschule. Das sind die klassischen Expats, die mit der Absicht nach Zug kommen, in wenigen Jahren in ein anderes Land weiterzuziehen. Sie wollen ihre Kinder nach internationalen Lehrplänen beschulen lassen. Aber dann haben wir Zuzüger aus dem Ausland, die wir direkt in die Volksschule integrieren. Sie müssen Deutsch lernen, was zusätzlichen Aufwand verursacht. Darüber hinaus sagen mir Lehrer, dass Eltern mit hohen sozioökonomischen Standards – wie das die Expats in der Regel mitbringen – sehr anspruchsvoll sein können. Umgekehrt belasten aber auch die Eltern das System, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind und sich schul-desinteressiert zeigen. Der Aufwand, sie für schulische Anliegen zu gewinnen, ist entsprechend gross.

Aus der Perspektive des Kantons Zug: Was raten Sie jenen Kantonen, die nun die integrative Schule zur Disposition stellen?

Ventile schaffen. Der Schulbetrieb braucht Ventile. Im Kanton Zug wollen wir solche Angebote von separativen Gefässen einfordern – von den Gemeinden und den Schulen –, selbst wenn die Vorbehalte von Schulleitungen bestehen, die solche Instrumente für stigmatisierend halten. Mein Bauchgefühl sagt mir: Wenn wir die Einführung solcher Angebote vorschreiben, wird es den Schulleitungen einfacher fallen, deren Sinn gegenüber den Lehrern und den Eltern zu erklären und zu rechtfertigen.

«Mit den separativen Angeboten werden wir günstiger, weil wir die schwierigen Fälle bündeln können.»

Die Schulen sollen diese Instrumente flexibel anbieten können, aber die Instrumente müssen vorhanden sein. Ich bin mir bewusst, dass die Politik – in diesem Fall das Parlament und die Regierung – in pädagogischen Kreisen zunächst die Rolle des Böhlmanns haben wird. Aber ich bin sicher, dass wir damit die Regelklassen entlasten können und am Ende alle froh sind.

Was ist teurer – solche Ventil-Angebote oder die «integrative Schule»?

Mit den separativen Angeboten werden wir günstiger, weil wir die schwierigen Fälle bündeln können. Mit Bestimmtheit kann ich das aber nicht sagen. Dies, weil die Kostentransparenz im



Bildungswesen nicht herzustellen ist. Insbesondere im Kanton Zug, in dem viel Geld vorhanden ist. Zudem besteht hier explizit kein Wille, Kostentransparenz herzustellen.

Handelt es sich um ein Datenproblem?

Nein. Ein Vorstoss des heutigen SVP-Nationalrats Thomas Aeschi verlangte Kostentransparenz, die Einführung einer einheitlichen Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung zur Herstellung der Transparenz unter den Gemeinden. Das zielte massgeblich auf die Bildungskosten ab, weil diese rund 50 Prozent eines typischen Gemeindehaushalts im Kanton Zug ausmachen. Das wurde vom Parlament klar verworfen und nie mehr zum Thema.

Persönliches

Stephan Schleiss wohnt seit seiner Geburt in Steinhausen, Nachbargemeinde der Stadt Zug. Er arbeitete bis vor seine Wahl in den Zuger Regierungsrat 2010 in der Risikoüberwachung (Market Risk Control) bei der Bank Vontobel in Zürich, zuletzt als Vizedirektor. Der 51-Jährige Ökonom hat auch eine militärische Karriere hinter sich; er war Kommandant der Schweren Gebirgsfüsilierkompanie IV/48 und dann bis zum Ende seiner Dienstpflicht 2014 im Stab des Gebirgsinfanteriebataillons 29. Schleiss ist ledig und hat keine Kinder. Zur Schule sagt er: Gute Schule braucht Debatte. Gute Schule braucht Raum und Zeit. Gute Schule wächst von unten.

Das Missverständnis von Salamanca

Nebelspalter, 25.3.2023, Daniel Wahl

Integrative Schule (Teil 1)

Die «integrative Schule» als gemeinsamer Ort, wo verhaltensauffällige Kinder, Lernbehinderte, körperlich Behinderte zusammen mit «Normalos» unterrichtet werden, steht heute unter Beschuss. Sie überfordere die Lehrer, sie sei für die Personalflut im Klassenzimmer und den Lehrermangel verantwortlich; sie habe den Niedergang der Volksschule, eine Niveausenkung, eingeläutet, monieren Politiker von links bis rechts.

Nach einem Boom schlägt jetzt das Pendel zurück. Initiativen in verschiedenen Kantonen (Link) zielen darauf ab, vom Modell der integrativen Schule abzuweichen. Man will wieder vermehrt separativen Unterricht anbieten – Sonderschulen, Förderklassen, im Grunde genommen Kleinklassen.

Was wichtig ist:

- Die integrative Schule wird in der Schweiz harsch kritisiert.
- Der UNO ging es zunächst nur um «Bildung für alle», nicht um die Beschulung aller Kinder im selben Schulzimmer
- Die Idee des Integrationsprinzips erfuhr eine Verabsolutierung durch Missinterpretation und stammt aus einer Zeit, in der die Gesellschaft die Behinderten um jeden Preis gleichstellen wollte.

Warum aber wurde die integrative Schule überhaupt initiiert?

Wir drehen die Zeit zurück. Für ein Treffen von 300 Bildungsverantwortlichen aus 92 Ländern bot Salamanca, eine der schönsten Städte Spaniens, 200 Kilometer westlich von Madrid, im Frühsommer 1994 die perfekte Kulisse, um Gutes zu tun: das einnehmende Flair einer Weltkulturerbestadt, die älteste Universität Spaniens mit Schwerpunkt Geisteswissenschaften und das Bronzedenkmal des hilfsbedürftigen Blinden und des kleinen Lazarus am Kopfende der «Puente Romano». Es ging den Schulreformern darum, die Unesco-Agenda «Bildung für alle» (Education for all) zu vertiefen, die vier Jahre zuvor in Thailand lanciert wurde. Am Schluss der Konferenz



verabschiedeten die Bildungsverantwortlichen die «Erklärung von Salamanca» – in aller Stille, ohne Vernehmlassung und ohne demokratische Legitimation.

Integration als Instrument gegen Diskriminierung

Das Dokument hat den Zeitgeist der 80er- und 90er-Jahre eingeatmet und gibt die Stossrichtung vor, was unter «Bildung für alle» zu verstehen sei: Jedes Kind habe einmalige Eigenschaften, Interessen, Fähigkeiten und Lernbedürfnisse. Am besten würden sich diese entwickeln, wenn man auf eine integrierende Gesellschaft aufbaue. Am besten könne mit Integration auch Diskriminierung bekämpft werden, heisst es darin. Wie sich die Länder dabei organisieren, lässt die Erklärung offen. Auf diese «Erklärung von Salamanca» beriefen sich 13 Jahre später die Heilpädagogen der Heilpädagogischen Schule in Zürich, die den Bestrebungen nach einer integrativen Schule im Kanton Aargau im 2007 zum Durchbruch verhelfen wollten. Sie appellierten, der Aargau müsse sich nichts auf seine Vorreiterrolle einbilden, denn die Unesco-Weltkonferenz in Salamanca habe schon längst alle Staaten aufgerufen, das Prinzip der integrativen Pädagogik zu realisieren.

«Ich glaube nicht, dass man heute schon sagen kann, dass das Integrationsmodell gescheitert ist.»

Marijana Minger, Präsidentin der Schulpsychologen im Kanton Zürich

Auf die «Erklärung von Salamanca» berufen sich heute Bildungsverantwortliche, wie Marijana Minger, Präsidentin der Schulpsychologen im Kanton Zürich, wenn sie die Idee verteidigen, alle möglichen und unmöglichen Kinder im selben Schulzimmer unterrichten zu müssen. «Ich glaube nicht, dass man heute schon sagen kann, dass das Integrationsmodell gescheitert ist. Zudem haben wir uns ja als Land verpflichtet, den UNO-Grundsatz der inklusiven Bildung für alle zu gewährleisten», sagte Minger kürzlich im «Tagesanzeiger».

Falsch übersetzt

So aber ist das falsch. Bei der UNO stand ursprünglich gar nicht eine «integrative Schule» zur Debatte, sondern «Bildung für alle». Der frühere Basler Sonderschullehrer und Kritiker der Abschaffung von Kleinklassen, Roland Stark, sagt: «In der UN-Konvention von Salamanca ist an keiner Stelle die Rede davon, dass Sonderschulen abzuschaffen seien. Im Mittelpunkt der Bemühungen um Integration stehen nicht organisatorische Fragen, sondern die Erfüllung der Bedürfnisse aller Lernenden.»

Und er wirft jenen, die sich auf die UN-Konvention berufen, vor, einem Übersetzungsfehler, einem Missverständnis, aufgesessen zu sein: Die Vertragspartner hätten sicherzustellen, dass kein Kind vom «general education system», also vom allgemeinen Schulsystem, ausgeschlossen wird, wie die Erklärung ausdrückt. Doch der englische Terminus «general education system» sei fälschlicherweise mit dem deutschen Begriff der «allgemeinen Schulen» – im Unterschied zu den Kleinklassen – gleichgesetzt worden. ««General education system» entspricht aber eindeutig dem, was wir als «allgemeinbildendes Schulsystem» – im Unterschied zu berufsbildenden Schulen – verstehen, und zu dem nach schweizerischem Schulrecht der Kantone eindeutig auch die Kleinklassen gehören», sagt Stark.

Weltweite Bildungserosion in den 80er-Jahren

Als sich nämlich 1990 die Unesco-Mitglieder in Jomtien, Thailand, trafen, um die Bildung-für-alle-Agenda aufzugleisen, ging es darum, weltweit den Kindern Zugang zur Grundschulbildung zu gewähren. Dies vor dem Hintergrund, dass in der dritten Welt in den 80er-Jahren eine «Bildungserosion» und ein «Niedergang» bemerkt worden war. Man stellte beispielsweise fest, dass in ländlichen Gebieten der Drittweltländer viele Schulen geschlossen wurden, dass aufgrund der Weltwirtschaftslage vielen Lehrern der Lohn nicht mehr ausbezahlt wurde.



In den Industrieländern konstatierten die Bildungsforscher vermehrt «funktionalen Analphabetismus». «Zwischen 10 und 20 Prozent der Bevölkerung in den Industrieländern verfügen über keine grundlegenden Fähigkeiten wie Lesen, Schreiben, Rechnen und Problemlösen, heisst in der Unesco-Zusammenfassung der Weltkonferenz in Jomtien. Das führte zum Programm, in dem Frauen und Mädchen aus Diskriminierungsgründen vorrangig gefördert werden sollten.

Gleichstellungs- und Gleichberechtigungsbewegung

Die Erklärung von Salamanca macht aber nur vier Jahre später auch ersichtlich, dass sich der Schwerpunkt von «Bildung für alle» auf «integrative Schule» zu verschieben begonnen hatte. Das fiel mitten in eine Zeit, in der es vor allem in Deutschland um Gleichstellung und Gleichberechtigung ging. Die Bahnunternehmen bauten ihre Waggons behindertengerecht um. In öffentlichen Bauten wurden Rampen und rollstuhlgängige WC und Lifte gefordert.

In der Schweiz wurden die Hochschule für Heilpädagogik in Zürich und die Universität Zürich zu den Hotspots der Dozenten, die eine integrative Pädagogik lehrten. Es war deshalb auch kein Zufall, dass Zürich im Februar 1990 als erster Kanton seinen Gemeinden die «integrative Schule anstelle von Sonderklassen» offerierte.

Der grosse Durchbruch der integrativen Schule kam in der Schweiz aber erst zwei Jahrzehnte später, mit der Einführung des Lehrplan 21.

Die Heilpädagogen: Treiber eines Bildungsexperiments

Nebelspalter, 26.3.2023, Daniel Wahl

Integrative Schule (Teil 2)

Als sich 1990 die Unesco-Mitglieder in Thailand trafen, um die Bildung-für-alle-Agenda aufzugleisen, ging es darum, weltweit den Kindern Zugang zur Grundschulbildung zu gewähren. Dies vor dem Hintergrund, dass in der dritten Welt in den 80er-Jahren eine «Bildungserosion» bemerkt worden war. Nur vier Jahre später hatte sich der Fokus aber bereits stark weg von «Bildung für alle» und hin zur integrativen Schule für Behinderte verschoben, wie die Erklärung von Salamanca ersichtlich machte (siehe Teil 1, das Missverständnis von Salamanca).

In der Schweiz wurden Hochschule für Heilpädagogik in Zürich und die Universität Zürich zum Zentrum der Dozenten, die eine integrative Pädagogik lehrten: Verhaltensauffällige, Körper- oder

Was wichtig ist:

- Die Heilpädagogen haben in der Schweiz die Idee der integrativen Schule vorangetrieben.
- Die Regelklassen können die kognitiv Beeinträchtigten in gleicher Qualität fördern, wie das die Heilpädagogischen Schulen tun.
- Die Integrationsideologen negieren, dass beeinträchtigte Kinder die Beschulung in der Regelklasse eher negativ wahrnehmen.

Lernbehinderte sollten zusammen mit allen anderen Kindern unterrichtet werden. Ein Zufall war es darum nicht, dass Zürich im Februar 1990 als erster Kanton seinen Gemeinden die «integrative Schule anstelle von Sonderklassen» offerierte. Der grosse Durchbruch der integrativen Schule kam in der Schweiz aber erst zwei Jahrzehnte später, mit der Einführung des Lehrplan 21.

Der Zürcher Erziehungsrat gab den Startschuss für ein radikales Bildungsexperiment: Entscheidend war nicht mehr, ob ein Schüler dem Unterricht folgen kann, entscheidend war nur noch, dass er in derselben Klasse sitzt.



Es passte in diese Zeit: Im Jahr 1990 hatte die Unesco die Agenda «Bildung für alle» initiiert. Die Gesellschaft verlangte barrierefreien Zugang für Behinderte. Und zahlreiche Studien lagen vor, die belegten, dass Kinder von Förderschulen durch ihre Sonderschule stigmatisiert seien und oft ohne berufsqualifizierenden Abschluss blieben.

Druck aus Norddeutschland

«Besonders aus Deutschland kam der Druck, die Schule verändern zu müssen», sagt der Diplom-Pädagoge und Sonderschullehrer Riccardo Bonfranchi, der an der Heilpädagogischen Fakultät der Universität in Köln promoviert und an der Uni Zürich in Ethik abgeschlossen hatte. Den Takt habe die Universität Bremen und ihr Guru der inklusiven Pädagogik, der Erziehungswissenschaftler und Professor für Behindertenpädagogik Georg Feuser, angegeben.

Feuser lehrte, dass die Trennung in geistig behinderte Schüler und «normale» Schüler aufzuheben sei, die Schüler sollten «durch Kooperation der Schüler auf unterschiedlichen Entwicklungsniveaus am gemeinsamen Lerngegenstand» unterrichtet werden. Er orientierte sich am Religionsphilosophen Martin Buber und am Marxismus. «Im Bundesland Bremen versuchte Georg Feuser das Schulsystem zu verändern; das Vorhaben war aber nicht mehrheitsfähig und wurde dort in den Ansätzen gestoppt», sagt Bonfranchi.

Hotspot Zürich

Feuser wurde von der Universität in Zürich als Gastdozent engagiert und hatte sein Publikum vor allem unter den Heilpädagogen. «Seine Lehre fiel auch an der Hochschule für Heilpädagogik in Zürich auf fruchtbaren Boden, wo die Doktrin war, dass alles, was nicht integriert ist, des Teufels ist», wie Bonfranchi ausführt.

So kam es, dass der Zürcher Erziehungsrat 1990 versprach, die gesetzlichen Grundlagen für eine integrative Schule zu schaffen. Er taxierte das Projekt als «kommunale Schulversuche». Der Begriff «integrative Schule» fand dabei zum ersten Mal Eingang in die Printmedien, obschon es seit 1985 in verschiedenen Zürcher Gemeinden entsprechende Pilotversuche gab. Man habe positive Erfahrungen gemacht, liess der Erziehungsrat verlauten und alimentierte die Öffentlichkeit mit einer Studie des Heilpädagogischen Instituts der Universität Freiburg im Breisgau über Integrationsklassen in der Deutschschweiz.

Alternativlose Studien

Die Studie wies aus, dass schwache Schüler in Normklassen bessere Leistungsfortschritte machten. Resultate, welche Leistungsfortschritte oder -rückschritte Normschüler dabei machten, fanden den Weg nicht in die Öffentlichkeit. Ebenso wenig diskutierte man in Anbetracht der Resultate darüber, ob die Heilpädagogischen Schulen etwas falsch machten.

Allerdings warnte die Freiburger Studie schon damals, dass Schüler mit Lernschwierigkeiten und Behinderungen ihre neue Situation in der Regelklasse eher negativ einschätzten. Doch diesen Alarmbefund aus Kindermund interessierte die erwachsenen Pädagogen nicht. Man trieb die integrative Schule als Idealmodell voran.

Stigmatisierende «integrative Schule»

Bonfranchi veranschaulicht dies mit einer skurrilen Szene aus dieser Zeit, die er selbst erlebt hatte: Eine Schulklasse erhielt die Aufgabe, Sterne aus Krepppapier auszuschneiden. Einem Lernbehinderten wollte das nicht gelingen, worauf die Banknachbarin der Lehrerin meldete: «Dä macht gar keini Stärne. Das sind Händöpfel». Was natürlich umgehend von weiteren Schülern bestätigt wurde. Darauf kroch der gekränkte Bub unter den Tisch und versuchte die Rätschbäsen ins Bein zu zwacken. Die den Jungen begleitende Heilpädagogin kroch ihm nach und wollte ihn unter dem Tisch beruhigen. Die Schlussfolgerung von Bonfranchi: «Der Schüler, der in einer Sonderklasse mit seinem Handicap nicht aufgefallen wäre, ist in der Regelklasse ausgestellt, erlebt dies negativ und reagiert darauf aggressiv.»

Das sah man vor allem in städtischen Gebieten anders. In Basel sprach der damalige Volksschulleiter Pierre Felder der integrativen Schule das Wort und redete die Klein- und Sonderklassen



schlecht. In der «WoZ» sprach er von einer «extremen Stigmatisierung», die eine Karriere in der Kleinklasse mit sich bringt: «einmal drin, immer drin.»

Dass Sonderschüler bessere Chancen hätten, wenn sie in die Regelklassen gingen, sei ein Ammenmärchen, kontert Bonfranchi: «Am Schluss muss der Lehrmeister entscheiden, wen er im Betrieb einstellen und gebrauchen und kann und wen nicht.» Im Gegenteil könnten die Heilpädagogischen Schulen die Behinderten viel zielgerichteter und umfassender betreuen, als das heute die Heilpädagogen stundenweise an Volksschulen tun.

Von Zürich nach Luzern

Von Zürich kam das Modell der integrativen Schule auch in den Kanton Luzern – mit dem Erziehungswissenschaftler Kurt Aregger. Aregger lehrte an der Universität in Zürich und leitete dann in den 90er-Jahren die Gesamtreform der Lehrerbildung in Luzern, engagierte sich bei den Heilpädagogen und war in der Steuergruppe für den Aufbau und Betrieb der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz.

«Heilpädagogischen Schulen können Behinderte umfassender betreuen, als das heute die Heilpädagogen stundenweise an Volksschulen tun.»

Riccardo Bonfranchi

Diese stand bald im Ruf, sehr progressiv die integrative Schule voranzutreiben. Der damalige SVP-Bildungspolitiker und langjährige Präsident der Heilpädagogischen Schule Humlikon (ZH), Ulrich Schlürer, erinnert sich: «Damals entstanden die Kopfhörerkinder im Klassenzimmer. Es waren Schüler, denen die Lehrer einen Pamir über den Kopf stülpten, damit sie sich neben verhaltensauffälligen Kindern im Schulzimmer konzentrieren konnten.» In der Folge sei die integrative Schule mit Klagen überhäuft worden von Eltern, die ihre Sprösslinge aufgrund des Reformmodells benachteiligt sahen. Man sei froh gewesen, als sich das Innerschweizer Konkordat der Pädagogischen Hochschule auflöste, ihre Vormacht gebrochen wurde, und eine Pädagogische Hochschule wie in Zug einen eigenständigen, moderateren Weg einschlagen konnte.

Im Kontrast zur Schweizer Bildungsgeschichte

Die «integrative Schule» wolle gar nicht zur Bildungsgeschichte der Schweiz passen, stehe sogar im Kontrast zu ihr, kritisiert Riccardo Bonfranchi. Die Schweizer Schulentwicklung sei nämlich eine Geschichte der Auffächerung – der Spezialisierung, nicht der Vereinheitlichung. Dies, um den Interessengruppen ein auf sie zugeschnittenes Angebot machen zu können: «Nach Abschluss der Volksschule war zunächst bloss eine Lehre oder der Weg ans Gymnasium möglich», sagt Bonfranchi. Erst später wurde das Angebot breiter. Es kamen Fachmittelschulen, die Lehre mit oder ohne Berufsmaturität, Höhere Fachschulen, Fachhochschulen, Klassen für Hochbegabte und so weiter. Schliesslich folgten Brückenangebote, um die Durchlässigkeit zwischen den Stufen zu gewährleisten. «Man betrachte es als vernünftig, Spezialisierung für die Schüler zu haben, um nicht alle unter einem Hut ausbilden zu müssen.» Das werde von den Integrationsideologen negiert.

«Die Integration von Behinderten in Regelklassen hat fast etwas Behindertenfeindliches.»

Riccardo Bonfranchi, Diplom-Pädagoge und Sonderschullehrer

Von Genf bis Basel, von Luzern bis Zürich mehren sich heute die Interessengruppen, die die integrative Schule abschaffen wollen. Dagegen stemmen sich die Behindertenverbände. Die



integrative Schule sei gar nie richtig umgesetzt worden, moniert die Juristin Caroline Hess-Klein, die die Abteilung Gleichstellung beim Behindertendachverband Inclusion Handicap leitet: «Wir fahren derzeit zweigleisig: Einerseits werden Kinder mit Behinderungen in Regelklassen integriert. Gleichzeitig werden aber die Sonderschulen weiter betrieben», sagt sie gegenüber dem Onlineportal «[Nau](#)». Auf Anfang April kündigte sie deshalb den Start der Unterschriftensammlung für die sogenannte Inklusionsinitiative an.

Die Kritik an der inkonsequenten Umsetzung kann Bonfranchi zwar nachvollziehen, hält das Argument aber für billig. Der Regelschule fehle das Geld, das Personal und das Knowhow, um die kognitiv Beeinträchtigten in gleicher Qualität zu fördern, wie es die Heilpädagogischen Schulen können. «Die Regelschule kann das gar nicht leisten. Aber sie muss es auch nicht leisten.» Im Gegenteil habe die Integration von Behinderten in Regelklassen fast etwas Behindertenfeindliches. Bonfranchi ist überzeugt: «Das ist ein heilpädagogischer Rückschritt.»

«Reformen gefährden den Kern der Schule»

Nebelspalter, 27.3.2023, Daniel Wahl

Volksschule im Reformwahn

Wenn der Gründungsvater der Pädagogischen Hochschule Zug heute durchs Land zieht und unter Lehrern Vorträge hält – wie er das am Freitag in Waldenburg (BL) tat – dann bringt er diese Kernbotschaft mit: Bildung ist Beziehung.

Ohne Beziehung zu den Kindern sei das Fachwissen eines Lehrers nahezu wertlos. Ohne Beziehung zu den Kindern sei das didaktische Können eines Lehrers kaum der Mühe wert. Bossard bezieht sich auf den anerkannten Erziehungswissenschaftler John Hattie, der die «Einflussfaktoren auf gelingende Schülerleistungen» wie kein zweiter Wissenschaftler ergründet hat. Beziehung ist nahezu alles.

Warum ist das zentral? Fast alle Schulreformen der letzten 30 Jahre haben nie bei der Beziehung zwischen Lehrern und Kindern angesetzt. «Die vielen Schulreformen – weit über 100 in der Schweiz – sind eine Flucht in die Formalitäten, eine Flucht in die Strukturen und Vorschriften», kritisiert Carl Bossard. Statt Fortschritt auf Bestehendem, gab es Innovation – weg mit dem Existierenden. Das Bildungssystem Schweiz sei deshalb in Schiefelage geraten.

Wahrscheinlich entspricht Carl Bossard, der sich als lebenslanger «Schulhäsler» bezeichnet, einem

Was wichtig ist:

- Die Schulreformen haben die Schule verformt und das Bildungssystem aus der Balance geworfen.
- Gute Schule und effektives Lernen resultieren aus der Dynamik eines Sowohl-als-Auch und nicht an der Maximierung der Output-Parameter (Kompetenzen).
- Carl Bossard rät den Lehrern und Schulleitungen zur «kreativen Dissidenz»; an den Reformen der Bildungsstäbe soll nicht teilgenommen werden.

Ideal- oder dem Typ «Lieblingslehrer»: streng, aber auch lieb; fordernd, aber auch ermutigend. Einer, der den Schülern Freiheiten einräumte und gleichzeitig Strukturen gab – eine Dialektik, wie Tag und Nacht, die zueinander gehören.

Effektives Lernen resultiere schon immer aus der Dynamik eines Sowohl-als-auch, sagt Bossard: «Wenn man beispielsweise neue Schulfächer einführt, wie das Frühfranzösisch, dann reduziert sich auf der Gegenseite die Zeit fürs Üben und Festigen». Ein weiteres dialektisches Beispiel: Integration und Inklusion steigern die Heterogenität in der Klasse; das geht auf Kosten der Effizienz und der Verbindlichkeit. Beides kann man nicht zusammen maximieren.



Gesetz der ungewollten Nebenwirkungen

Wenn immer Bildungsziele und Leitbilder überarbeitet wurden, legte Bossard den Fokus auf das «Gesetz der ungewollten Nebenwirkungen»: «Diese Frage stellt sich ganz dringlich auch hier und heute. Haben wir die Schule überladen? Kommen wir noch zum Üben?» Gute Lehrerinnen und Lehrer wüssten dies. Sie organisierten nicht einfach Unterricht und verabreichten nicht einfach Arbeitsblätter. Sie würden nicht einfach digitale Lernprogramme begleiten. Bei ihnen kämen Kinder mit dem Denken in Berührung. Diese Lehrer organisierten strukturierte Lernprozesse; sie konzentrierten sich auf die Qualität ihres pädagogischen Wirkens – und damit auf ein effizientes individuelles und soziales Lernen ihrer Kinder. «Wer dem Unterricht diesen Fokus zugrunde legt, trägt ganz im Stillen, aber äusserst wirksam, zur Chancengleichheit bei und muss nicht die Volksschule zu einer «integrierten Schule» machen», führte Bossard in Waldenburg aus.

Von einem solchen Lehrertyp sprach beispielsweise der Schweizer Autor Peter Bichsel in der Hamburger Zeitung: «Ich hatte in der 5. und 6. Klasse in Olten einen wunderbaren Primarlehrer: Er hat mich von mir selber überzeugt, mich zum Schriftsteller gemacht. Weil er unter dem ganzen Schlamassel von Rechtschreibfehlern entdeckt hat, dass ich gute Aufsätze schreibe. [...] Ich habe ihn geliebt.» Ein solcher Schlag von Lehrer unterrichtete am Kloster Muri und förderte den mausarmen Bauernsohn Franz Käppeli. Er hat dessen Herz bewegt. Franz Käppeli schlug eine Karriere als Medical Unternehmer ein und stiftete später 15 Millionen Franken für die Renovation der Klosterkirche Muri, mit der einzigen Begründung: «Ich hatte immer so gute Lehrer, sie haben mich ermutigt: Das kannst Du Franz!»

Volksschule im Reformwahn

Über 100 Reformen haben die Volksschule in den letzten 30 Jahren in Atem gehalten und sie «radikal verändert», wie Bossard sagt. Aber sie hatten keine Kohärenz. Die Reformen erfolgten additiv und unsystematisch. Sie maximierten selbstorientiertes und autonomes Lernen (durch Lernwerkstätte und dergleichen) auf Kosten von Verbindlichkeit und Beziehung. Im Zuge der Reformen haben Stäbe in den Bildungsdirektionen um rund 100 Prozent zugenommen. «Diese Reformen gefährden den Kern der Schule.»

«Wer hat diesen Bullshit über uns gebracht?», fragte ein pensionierter Lehrer am Vortragsabend in Waldenburg. Es fielen darauf Namen wie der frühere Zürcher Erziehungsdirektor Ernst Buschor, der «New Public Management» und Frühenglisch in den Schulen einführte, ohne die Nebenwirkungen zu bedenken. Oder der frühere Basler Erziehungsdirektor Christoph Eymann, der mit der integrativen Schule Unruhe und Überforderungen in die Klassenzimmer brachte.

Subversion durch Unterlassung

«Der grosse Sündenfall ist aber die Tatsache, dass die Bildung von der Unesco zur OECD gewechselt hat», sagte Bossard. Das habe zu einer Ökonomisierung geführt. Seither müsse von unzähligen Evaluationsinstanzen nur noch das Können gemessen werden – die sogenannten Kompetenzen. Und das sei ein Containerbegriff für alles und nichts.

Kann man sich noch gegen den Reformwahn wehren? «Wenn Sie ein Märtyrer und Held sein wollen; gegen die Bildungsstäbe kommen sie kaum an», sagt Bossard und rät zur «kreativen Dissidenz» – Subversion durch Unterlassung: «Machen Sie einfach nicht mit. Und wenn die Bildungsdirektionen es merken, entschuldigen sie sich. Das tut nicht lange weh.»



Lehrer sollen wieder lehren

NZZ, 31.3.2023, Zürich und Region, Fabian Baumgartner

Unterricht statt Bürokratie – Bildungsdirektorin Silvia Steiner will den Beruf attraktiver machen, doch ihr Vorschlag polarisiert

Lange wurde er erwartet: Silvia Steiners Plan, den Lehrerberuf attraktiver zu machen. Schon vor sechs Jahren wurden unter der Ägide der Mitte-Regierung eine Evaluation Jaks cEci8 Sa Mehrheit der Lehrpersonen in der Volksschule weder eine Verbesserung beim Arbeitsklima noch bei der Arbeitsbelastung verspürten. Bürokratie abbauen, mehr Zeit zum Unterrichten geben, Pensen erhöhen, Löhne anheben: Die politischen Vorstösse zum Thema prasselten seither nur so auf die Bildungsdirektion nieder. Und nun kommt also das Massnahmenpaket, mit dem Silvia Steiner den neu definierten Berufsauftrag der Lehrerschaft reformieren will. Ist es ein Wurf, oder wird es die Erwartungen enttäuschen?

Eine typische Steiner-Vorlage

Nimmt man die ersten Reaktionen als Anzeichen, lautet die Antwort: Es ist eine typische Steiner-Vorlage. Mit vielen Elementen, vielen kleinen Anpassungen. Auf den politischen Kompromiss ausgerichtet, nicht die grosse Revolution. Konkret schlägt die Bildungsdirektion drei zentrale Massnahmen vor:

- Mehr Zeit und weniger Bürokratie: Vor allem Klassenlehrerinnen und -lehrer sollen mehr Zeit erhalten, um ihre Aufgaben zu erfüllen – neu 120 statt wie bisher 100 Stunden pro Klasse und Jahr. Auch reguläre Lehrpersonen erhalten für die Vorbereitung des Unterrichts zwei Stunden pro Jahr mehr zugesprochen. Ausserdem sollen sie künftig ihre Arbeitszeit nicht mehr aufwendig erfassen müssen.
- Stärkung der Schulleitungen: Gleich um die Hälfte sollen die Stellenprozente der Schulleiterinnen und Schulleiter erhöht werden. Sie sollen so für ihre wachsenden Aufgaben entschädigt werden. Dazu kommt eine leichte Lohnerhöhung.
- Höhere Mindestpensen: Dieser Vorschlag hat es in sich. Im Regelfall sollen alle Lehrpersonen zu mindestens 40 Prozent arbeiten statt wie bisher zu 35. Damit will Steiner verhindern, dass wegen zu vieler Tiefprozentler die hochprozentig Angestellten ein Übermass an Zusatzaufgaben aufgehalst bekommen, die nichts mit dem Unterrichten zu tun haben.

All das ist nicht gratis zu haben: 150 Millionen Franken werden diese Massnahmen voraussichtlich kosten. Den Grossteil davon würden die Gemeinden schultern. Die Kosten seien insgesamt tragbar, sagt Silvia Steiner auf Anfrage. Es gehe schliesslich darum, die Qualität des Unterrichts in den Zürcher Schulzimmern zu erhalten.

Seltsamerweise will Steiner ihr Paket allerdings nicht als Massnahme gegen den anhaltenden Mangel an Lehrpersonen verstanden wissen. «Das ist keine Vorlage zur Bekämpfung des Lehrermangels», sagt sie. Dafür seien andere Massnahmen – etwa die Stärkung der Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule – weitaus wichtiger.

Ganz anders sieht das der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV). Dieser wertet Steiners Massnahmenpaket in einer Mitteilung als Eingeständnis, «dass sich der aktuelle Lehrpersonenmangel ohne Gegenmassnahmen über viele Jahre in der Volksschule festsetzen würde».

Und selbst in der Medienmitteilung der Bildungsdirektion heisst es, die Anpassung des Berufsauftrags erhalte «aufgrund des andauernden Lehrpersonenmangels eine besondere Dringlichkeit».

Doch sind die Massnahmen überhaupt dazu geeignet, diesen Mangel langfristig zu bekämpfen? Ja, glaubt der ZLV. Der Verband ist mit den vorgeschlagenen Massnahmen grundsätzlich zufrieden, wie er mitteilt. Sie reduzierten die seit Jahren übermässige Arbeitsbelastung der Lehrpersonen und würden so eine Kernursache des Lehrpersonenmangels bekämpfen.

In einem Punkt gehen dem ZLV die Vorschläge allerdings zu wenig weit: Bei den Zusatzstunden für Klassenlehrpersonen fordert der Verband deutlich mehr, und zwar 150 zusätzliche Stunden pro



Klasse und Jahr statt wie vorgeschlagen nur deren 20. Eine ähnliche Haltung vertritt auch die SP. Die Vorschläge zielten teilweise in die richtige Richtung, gingen aber deutlich zu wenig weit, schreibt die Partei in einer Mitteilung und gibt Steiner deshalb die «Note ungenügend».

«Teure Symptombekämpfung»

Gar nicht an eine positive Wirkung von Steiners Plan glaubt die FDP. In ihrem Communiqué ist von «Enttäuschung», «verpasster Chance» und «teurer Symptombekämpfung» die Rede. Die Partei stört sich vor allem daran, dass künftig alle Klassenlehrpersonen mehr Zeit für ihre Arbeit erhalten sollen. Das sei der falsche Weg. Um im Kampf gegen den Lehrermangel die richtigen Anreize zu setzen, dürften nur Klassenlehrpersonen mit hohen Pensen entlastet werden.

Auf die Kritik von bürgerlicher Seite reagiert Steiner gelassen. «Unsere Massnahmen werden vor allem Lehrpersonen mit hohen Pensen zugutekommen», sagt sie. Ausserdem Sorge man mit der Erhöhung der Mindestpensen dafür, dass administrative Zusatzaufgaben besser verteilt würden. «Wir wollen den Teamgeist wieder vermehrt ins Schulhaus bringen.» Die Vorlage geht in die Vernehmlassung. Widerstand ist programmiert.

Gymiprüfung: Kanton Zürich trickst bei den Noten

NZZ am Sonntag, 26.3.2023, Schweiz, René Donzé

Die Bewertung der Aufsätze wurde milder. Das sorgt bei Prüfungsexperten für Ärger.

Dieser Tag ist mit Spannung erwartet worden. Im Kanton Zürich haben am Mittwoch Tausende von Schülerinnen und Schülern Post erhalten mit dem Bescheid, ob sie die Aufnahmeprüfung ins Gymnasium bestanden haben. Die Befürchtung der Eltern war gross, dass es dieses Jahr schwieriger würde. Schliesslich hat der Kanton die Hürde erhöht. Neu braucht es einen Durchschnitt aus Vornoten und Prüfungsnoten von 4,75, bisher war es eine 4,5.

Nun aber zeigt sich: Im Gegenzug ist die Benotung weniger streng geworden. Das bestätigt Roland Lüthi, der Rektor der Kantonsschule Zürcher Unterland und Koordinator der Zentralen Aufnahmeprüfung fürs Gymnasium. «Die Korrekturteams wurden angewiesen, den hypothetisch gleichen Aufsatz wie letztes Jahr eine halbe Note milder zu bewerten», schreibt er auf Anfrage. Anpassungen in der Benotung erfolgten auch in der Sprachprüfung und in der Mathematik. Konkret: «Es brauchte weniger Punkte für die Note 6 als in anderen Jahren.»

Das entspricht dem politischen Willen. Die Bildungsdirektion strebt eine Gymiquote von rund 20 Prozent an. Um sie dort zu halten, mussten angesichts der vielen Prüflinge in der Vergangenheit die Aufsätze sehr streng benotet werden. Das führte regelmässig zu Beschwerden. Mit der Erhöhung der Bestehensnorm und gleichzeitiger Anpassung der Notenskala wolle man nun erreichen, «dass die Prüfungsnoten nicht mehr so stark von den Noten abweichen, die die Schülerinnen und Schüler von der Volksschule her gewohnt sind», schreibt die Bildungsdirektion auf Anfrage.

Für die Aufsätze hat das Mittelschul- und Berufsbildungsamt sogar explizit eine Durchschnittsnote festgelegt. Diese musste zwischen 4,25 und 4,5 liegen: «Wenn sich die Aufsatznoten nicht in diesem Durchschnitt bewegen, stellt die Prüfungsleitung sicher, dass die Korrektur und Beurteilung der Aufsätze diesem vergleichbaren Massstab entspricht», heisst es in einer Weisung. Entsprechend wurden auch die Prüfungsexperten instruiert: Es brauche «zwingend ein Umdenken in der Benotung der Aufsätze», schrieb die Prüfungsleitung den Korrektoren.

Das hat einige geärgert und sorgte für Diskussionen. «Das ist ein politischer Entscheid», sagt eine beteiligte Lehrperson. Aufsätze würden nun überbewertet, um den verlangten Schnitt zu erreichen. Sie erzählt, dass sie einen Aufsatz eine halbe Note tiefer benoten wollte als bei der ersten Beurteilung. Ihr wurde beschieden, das gehe nur, wenn sie einen anderen Aufsatz besser bewerte. «Aus pädagogischer Sicht ergibt das wenig Sinn.»



Ob die Rechnung für die Bildungsdirektion aufgeht, zeigt sich im Mai. Auf Anfrage teilt sie mit, sie gehe davon aus, «dass ungefähr gleich viele Schülerinnen und Schüler den Übertritt ins Gymnasium schaffen wie in den Vorjahren».

«So kann es nicht weitergehen»

NZZaS, 2.4.2023, Leserbriefe

«Gymiprüfung: Kanton Zürich trickst bei den Noten»

Da reibt man sich wirklich die Augen. Dass sich die Behörden zu einem derart kecken und plumpen Frisieren von Prüfungsnoten hinreissen lassen, ist unerhört. Es wird von oben ein zu erreichender Durchschnitt vorgegeben, und dann rundet man fröhlich auf, ungeachtet der eigentlichen Leistung, Begründung: Es muss solche Noten geben, an die sich die Kinder in etwa «von der Volksschule her gewöhnte» sind. Das spricht jeder Gerechtigkeit und Chancengleichheit Hohn. Für Insider war allerdings eine solche Entwicklung zu befürchten. Der untaugliche Lehrplan 21, die Integration, die vielen Fremdsprachigen in den Klassen, die administrativen Aufgaben, welche den Lehrpersonen Zeit wegfressen – dies alles lässt unweigerlich das Schulniveau sinken. So kann es doch nicht weitergehen! In der Dimension ist mein folgender Vergleich natürlich weit daneben, nicht aber im Prinzip. Auch hier fragt sich wie beim gleichzeitig behandelten CS-Skandal: Wie lange schauen die Politiker noch weg?

Hans-Peter Köhli, Zürich

Die Angst vor Überforderung

NZZ, 31.3.2023, Meinung & Debatte, Leserbrief

Aus feststellbaren Fehlentscheiden sollte man Konsequenzen ziehen, so wie Hänschen es im Kindergarten lernt, damit er ein Hans wird. Doch die Angst geht um, dass die Kinder überfordert werden (NZZ. 20.3.23). Regelmässig wird dieses Thema von den Medien aufgegriffen. Doch der grundsätzliche Fehlentscheid – die Einschulung ins vierte Altersjahr vorzuverlegen – wird nicht korrigiert. Studien zeigen klar auf, dass eine verfrühte Einschulung später zu Schul- und Entwicklungsproblemen führen kann. So sagte auch Urs Moser von der Universität Zürich 2020 in der «Sonntags-Zeitung»: «Ende Kindergarten, Anfang Schule kann fast ein Jahr einiges ausmachen.»

Dass 2008 sogar Economiesuisse für einen Kindergarten «ab dem 5. Lebensjahre eintrat, überrascht. Ich selbst habe in einer bildungsrätlichen Kommission des Kantons Zürich im Jahr 2018 von Wirtschaftsvertretern bestätigt erhalten, dass die Berufslernenden «immer jünger werden und noch nicht reif genug sind für eine Berufslehre». Geschehen ist bis jetzt nichts – ausser dass Personal aufgestockt wurde, Eltern ihre Kinder später einschulen lassen oder dass der Kantonsrat nun durch einen Vorstoss die Bildungsdirektion zu Ausnahmeregelungen «zwingen» will.

Die Hänse in Bern müssten tätig werden, um den damaligen Fehlentscheid zu korrigieren – aber vielleicht haben einige eben als Hänschen nicht gelernt, zu Fehlern zu stehen und aus diesen zu lernen.

Armin Tschennett, Meilen



Ein Tauziehen um die Maturitätsreform

Nebelspalter, 30.3.2023, Daniel Wahl

Reaktionen zum Erhalt der Bildungsqualität

Gerade eben hat der Bund 140 Rückmeldungen zur gymnasialen Maturitätsreform summarisch in einem Ergebnisbericht zusammengefasst und diesen im Internet publiziert.

Im Kern geht es bei der Reform darum, den Maturitätsabschluss schweizweit vergleichbar zu machen und das Niveau und die Qualität der gymnasialen Ausbildung zu sichern. Letztlich will man verhindern, dass die Universitäten und Hochschulen nicht auf die Idee kommen, eigene Eintrittsbarrieren zu errichten und Aufnahmeprüfungen zu verlangen.

So wird als übergeordnetes Ziel eine Senkung der Maturitätsquote avisiert: Höchstens 95 Prozent sollten den gymnasialen Abschluss schaffen. Fünf Prozent, so das Ziel, sollen durchfallen. Obwohl alle mit der Stossrichtung der Reform einverstanden sind, dokumentiert der Ergebnisbericht ein Tauziehen im zentralen Punkt: Soll die Maturaprüfung am Schluss verschärft werden oder sollen die schwachen Schüler schon im ersten Jahr aussortiert werden?

Was wichtig ist:

- Weder unter den Kantonen noch innerhalb der Kantone selbst sind sich die Bildungsverantwortlichen einig, wie die Qualität der gymnasialen Ausbildung zu sichern ist.
- Zu viele Schüler drängt es ins Gymnasium. Primarlehrer erliegen dabei dem Druck, den Eltern ausüben.
- Ein Streit ist auch darüber entbrannt, ob und welche Fächer zusätzlich am Gymnasium unterrichtet werden sollen, ohne dass die Unterrichtszeit erhöht werden muss.

Vorgehen im Kanton Zug

Einen Einblick in dieses Tauziehen auf kantonaler Ebene gibt der Zuger Bildungsdirektor Stephan Schleiss (SVP). Wie in allen Kantonen stellt auch seine Verwaltung fest, dass immer mehr Primarschüler ins Langzeitgymnasium wechseln. Im Kanton Zug braucht es dafür nur die Empfehlung des Primarlehrers und keine Übertrittsprüfung. Es sei hier wie ein Naturgesetz, sagt Schleiss: Die Zahl der Übertritte steige jedes Jahr. Man könne jedoch nicht davon ausgehen, dass die Kinder im selben Ausmass schlauer geworden seien. Schlüssig ist also nur, dass die Bildungsqualität leidet, weil Schüler mit ungenügend bepacktem Bildungsrucksack ins Gymi wechseln können.

Die Möglichkeit jedoch, die Zahl der Zuweisungen von der sechsten Primarschulklasse ins Langzeitgymnasium zu steuern, existiert für die Bildungsdirektion im Kanton Zug nicht. Das liegt dort in den Händen des Bildungsrats, der das Übertrittsverfahren bestimmt, sowie der Mittelschulkommission, die das Promotionsreglement verfasst.

Herr Schleiss, die Mittelschulkommission und der Bildungsrat haben bestimmt alles unternommen, um dafür zu sorgen, dass nur noch jene Primarschüler ans Langzeitgymnasium wechseln, die dafür prädestiniert sind?

Stephan Schleiss: Leider nein. Um die jährlich steigende Zahl von Übertritten ans Langzeitgymi in den Griff zu bekommen, haben wir vorgeschlagen, eine Übertrittsprüfung einzuführen. Das befand der Bildungsrat für unnötig, weil er angeblich keine Anhaltspunkte für eine Qualitätsabnahme sieht. Und die Mittelschulkommission zeigt wenig Lust, die Fehlzuweisungen aus der Primarschule nachzubessern. Mit gutem Grund: Man muss direkt beim Übertritt nach der Primar ansetzen.

Inwiefern wäre eine «Nachbesserung» möglich gewesen?

Man hätte in Betracht ziehen können, analog zu Zürich eine Probezeit einzuführen, in welcher sich die Schüler bewähren müssten. Das wollte man nicht, weil der Druck auf die Schüler als zu gross empfunden wurde. Man will jetzt das Promotionsreglement so anpassen, dass man nicht mehr vom zweiten Semester der zweiten Langzeitgymi-Klasse zurück in die erste versetzt werden kann. So ist



immerhin sichergestellt, dass Schüler nicht mehr in die Sekundarschule wechseln müssen, wenn dort der Berufswahlprozess schon zu weit fortgeschritten ist.

Der Zuger Bildungsrat sieht offenbar keine Anzeichen von Qualitätseinbussen. Wer beklagt sie dann?

In der Regel die Abnehmer von Schulabgängern: Vereinzelte Gymnasiallehrer oder die Lehrmeister. Aus der Wirtschaft höre ich Rufe nach schulisch stärkeren Lehrlingen. Mittlerweile beklagen sich aber auch die Universitäten darüber, dass die Maturanden nicht nur in Mathematik, sondern auch in Deutsch schlechter geworden sind. Persönlich habe auch ich diesen Eindruck gewonnen. In der Coronazeit wandten sich Maturanden vor ihrer Prüfung mit ihren Anliegen an mich als Regierungsrat. Das war teilweise eine sehr ernüchternde Erfahrung. Mit einer solch schlechten Schreibe, stilistisch und in der Rechtschreibung, wären wir zu meiner Zeit gar nicht erst zur Maturitätsprüfung angetreten.

In Anbetracht dessen, dass sich alle gegen die Qualitätssicherung sperren: Haben Sie die Waffen gestreckt?

Nein. Jetzt wollen wir den Bildungsrat zum Handeln verpflichten. Bisher hiess es im Schulgesetz: «Der Bildungsrat erlässt besondere Bestimmungen (...) zur Zuweisung in die einzelnen Schularten (...) auf der Sekundarstufe I». Dieser Passus soll derart ergänzt werden, dass der Bildungsrat die Zuweisung ins Langzeitgymnasium mit dem «zusätzlichen Element einer Prüfung auszugestalten» hat. Das haben wir ins Kantonsparlament gebracht.

**«In eine vielfältige Bildungslandschaft passt
auch ein Langzeitgymnasium. Aber nur, wenn
es sein Profil für die leistungsstärksten Schüler
behält.»**

Stephan Schleiss, Bildungsdirektor Kanton Zug

Wir zielen damit nicht auf das Gymnasium als Ganzes. Wir müssen sicherstellen, dass die Sek ihre wichtige Rolle als Ort der Berufswahlorientierung und Zulieferschule zum Beispiel auch ans Kurzzeitgymnasium behalten kann. Sollen die Berufsbildung und die Anschlusschulen an die Sek ihre Schülerschaft auch aus leistungsstarken Schülern rekrutieren können? Wenn wir diese Frage bejahen, dann dürfen nicht immer mehr Kinder ans Langzeitgymnasium. Die Radikallösung wäre die Abschaffung des Langzeitgymnasiums. Das haben viele Kantone gemacht. Ich bin gegen eine Abschaffung. In eine vielfältige Bildungslandschaft passt auch ein Langzeitgymnasium. Aber nur, wenn es sein Profil für die leistungsstärksten Schüler behält.

Warum schicken die Primarlehrer derart viele Kinder ins Langzeitgymnasium?

Mein Eindruck ist: Die Eltern, die ihre Kinder unbedingt am Gymnasium haben wollen, üben enormen Druck auf die Lehrer aus. Dafür gibt es einen einfachen Grund: Wenn Eltern beim Übertritt im Formular «fehlende Einigung» eintragen, werden die Zöglinge von der kantonalen Übertrittskommission zur Prüfung aufgeboten. Dort schafft es bloss einer von zehn. Die Chancen stehen höher, wenn Eltern Druck auf den Lehrer ausüben.

Streit um Fächerkanon

Zusammen mit den Kantonen Appenzell, Aargau, den beiden Basel, Schaffhausen, Solothurn und Zürich wehrt sich der Kanton Zug ferner gegen eine Ausweitung des Fächerkatalogs an den Gymnasien. Es bestehe ein Missverhältnis zwischen der Fächerzahl und der zur Verfügung stehenden Unterrichtszeit. Es genüge nicht, weiterhin vom tradierten Fächerkanon auszugehen und diesen lediglich zu erweitern, heisst es in den Rückmeldungen. Geplant ist jedenfalls eine Ausweitung der Maturafächer. Neu werden die beiden Fächer Informatik sowie Wirtschaft & Recht in den Kanon der Grundlagenfächer aufgenommen. Das führt zur Erhöhung der Maturanoten von 13 auf 15.



Doch auch beim Fächerkatalog sind sich die Kantone nicht einig. Beispielsweise pocht der Jura darauf, «Theater» als Schwerpunktfach im Gymnasium beibehalten zu können.

Vor denselben Fragestellungen befanden sich übrigens die Primarschulen, bei der Einführung von Frühenglisch und Frühfranzösisch in den Nullerjahren. Die Fächer wurden eingeführt, aber die Unterrichtszeit höchstens in einzelnen Kantonen punktuell erweitert. Die Resultate sind verheerend, wie später die Ergebnisse der Pisa-Studien ergaben. Inzwischen hat der Kanton Baselland ein «Schulrettungsprogramm» eingeleitet, um die Defizite in Deutsch und Mathematik zu kompensieren. Kostenpunkt: 60 Millionen Franken.

Veranstaltungshinweis

Sind der schulischen Integration Grenzen gesetzt? Eine Standortbestimmung

Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, Mittwoch, 14. Juni 2023

Referenten

Raymond Diebold (Sekundar- und
Berufsschullehrer, Zürich)

Dr. Beat Kissling (Lehrer, Erziehungswissenschaftler
& Psychologe, Zürich)

Einführung

Dr. med. Andreas Würmli (Präsident Ostschweizer
Kinderärzte)

Ort und Datum

Mittwoch, 14. Juni 2023, 18.30 – 20.30 Uhr

Ostschweizer Fachhochschule,
grosser Plenarsaal Parterre,
Rosenbergstrasse 59
9000 St. Gallen



VORTRAGSREIHE
PÄDIATRIE, SCHULE & GESELLSCHAFT

Sind der schulischen Integration Grenzen gesetzt? Eine Standortbestimmung

MITTWOCH, 14. JUNI 2023, 18.30 – 20.30 UHR

